

## Sprache im Umbruch – Weimar 1918

### 1 Vorbemerkung

Das hier vorzustellende Projekt steht im Kontext eines am Institut für Deutsche Sprache, Mannheim, seit einigen Jahren etablierten Forschungsbereichs ‚Sprachliche Umbrüche des 20. Jahrhunderts‘ (vgl. [www.ids-mannheim.de/lexik/SprachlicherUmbruch/](http://www.ids-mannheim.de/lexik/SprachlicherUmbruch/)<14.08.12>). Dessen Konzeption setzt voraus: 1. Sprachliche Umbrüche sind motiviert von gesellschaftlichen Umbrüchen. 2. Gesellschaftliche Umbrüche stellen sich dar als kommunikativ generierte Konstrukte einer Sprachgemeinschaft. 3. Gesellschaftliche Umbrüche sind Ausdruck demokratiegeschichtlicher Prozesse. Insofern steht die sprachliche Umbruchgeschichte des 20. Jahrhunderts unter dem Zeichen einer sprachlichen Demokratiegeschichte. Demokratie wird dabei im weitesten Sinn verstanden als ein auf Gleichberechtigung zielendes Gesellschaftsprinzip der Entprivilegierung und Partizipation. Dass Entdemokratisierungsphänomene (s. 1933) ebenso zur Demokratiegeschichte gehören, versteht sich von selbst.

In diesem Rahmen haben wir die Diskurse der frühen Nachkriegszeit 1945ff sprach- und umbruchgeschichtlich dargestellt (Kämper 2005) und lexikografisch verdichtet (Kämper 2007a). Im Druck befindet sich eine Untersuchung zum kritischen Diskurs der späten 1960er Jahre, der ebenfalls im Rahmen dieser Konzeption rekonstruiert wurde (Kämper 2011).

Seit Februar 2010 analysieren wir die Demokratiediskurse der frühen Weimarer Zeit (vgl. Kämper 2009). Dabei handelt es sich um ein transdisziplinäres Vorhaben, an dem nicht nur das Institut für Deutsche Sprache, sondern auch das Institut für Zeitgeschichte, München, und das Herder-Institut, Marburg, beteiligt sind. Wir fragen nach dem diskursanalytisch beschreibbaren Beitrag der frühen Weimarer Republik zur Demokratiegeschichte im Sinn eines Umbruchs – sprachlich (das ist der Anteil der Linguistik) und politisch-gesellschaftlich (das ist der Anteil der beiden historiografischen Partner). Gegenstand des Vorhabens ist in diesem Rahmen der tiefgehende gesellschaftlich-politische und damit diskurs- und sprachgeschichtliche Umbruch vom Kaiserreich zur Republik. Diesem Umbruch kommt sowohl sprach- als auch mentalitäts- und diskursgeschichtlich eine grundlegende Bedeutung zu, insofern zum ersten Mal in der Demokratiegeschichte der Versuch unternommen wurde, eine auf eine genuin demokratische Verfassung verpflichtete parlamentarische Demokratie zu etablieren.

Wir verfolgen methodisch ein diskurslinguistisches Konzept. Aufgabe ist die Exploration sprachlicher Phänomene, die einen Diskurs, also eine thematisch-inhaltlich kohärente sprachliche Einheit, als eine vom jeweiligen historischen Kontext determinierte kollektive sprachliche Handlung bestimmen. Diskurs verstehen wir mithin als sprachliches Kontextualisierungsergebnis, dessen Einheiten,

Aussagen, Elemente sich auf einen gemeinsamen Gegenstand beziehen und insofern kollektives Wissen repräsentieren. Als komplexe Einheit hat der Diskurs eine thematische Ebene, eine Ebene der Beteiligten, der Texte und eine lexikalische Ebene. Auf diesen unterschiedlichen Ebenen differenziert sich der diskursive Gegenstand sprachlich aus, wird modifiziert und spezifiziert.<sup>1</sup>

Eine sprachliche Umbruchgeschichte definieren wir als eine Perspektive der Sprachgeschichte, die nach dem initialen Moment sprachlicher Veränderungen, von Sprachwandel fragt. Unter diesen Voraussetzungen beschreiben wir die Struktur von Diskursen in Umbruchzeiten als gekennzeichnet durch das mehr oder weniger plötzliche Aufkommen neuer Leitkonzepte/Themen, Diskursbeteiligter, Texte/Textmuster und/oder Kommunikations- und Argumentationsformen, immer im Kontext ihrer lexikalischen Repräsentation und deren Veränderungen (vgl. dazu Kämper 2008).

Aspekte europäischer Prägungen dieses Umbruchs sollen Gegenstand unseres folgenden Beitrags sein. Zunächst werden die europäische Motiviertheit des Frauendiskurses und seine nationale Spezifik im Sinn einer Argumentationsanalyse dargestellt. Es schließt an die diskursanalytische Beschreibung des Internationalismus der Arbeiterbewegung im Kontext der europäischen Streikbewegung im Sinn eines Prozesses von Bedeutungsaushandlungen. Abschließend folgt ein Schlaglicht auf ideologisierte, funktionshaltige lexikalisch-semantische Repräsentationen des „Europa“ thematisierenden Diskurses. Diese drei eigenständigen Umsetzungen des Themas entsprechen dem Ziel dieses Beitrags: Es werden zum einen, gegenstandsbedingt methodisch unterschiedliche diskurslinguistische Zugänge zu Diskursen der frühen Weimarer Zeit demonstriert, um so einmal mehr darauf zu verweisen, dass linguistische Diskursanalyse ein methodisch offenes Konzept ist, dessen Zugänge nicht zuletzt jeweils von der Spezifik des Diskursexemplars diktiert wird.<sup>2</sup> Zum andern nehmen wir mit den ausgewählten Teildiskursen den oben skizzierten Ebenenbezug von sprachlichen Umbruchphänomenen auf und dokumentieren Umbruch auf der Beteiligtebene (Frauenrechtsdiskurs), auf der lexikalisch-semantischen Ebene (*Streik*) und auf der thematischen Ebene („Europa“).

1 Vgl. zu dieser Konzeption Kämper 2007b und 2008.

2 Warnke/Spitzmüller (2008) gehen der Frage der methodischen Operationalisierbarkeit nach, um zu konzedieren, dass „es eine ‚alleinige‘ Methode diskurslinguistischer Analyse wegen der komplexen Diskursmorphologie und aufgrund der Dynamik des Faches nicht geben“ kann (S. 8). Dieser Erkenntnis entsprechend stellen sie den Methodenkomplex ihres diskurslinguistischen Mehr-Ebenen-Modells vor, das „die Auswahl je relevanter Gegenstandsbereiche bei gleichzeitiger Benennbarkeit dessen, was nicht im Fokus des Interesses liegt“ (S. 24) vorsieht.

## 2 Der Frauenrechtsdiskurs zu Beginn der Weimarer Republik und seine europäischen Wurzeln (Uta Koppert-Maats)

### 2.1 Europäische Vorbilder des deutschen Frauenrechtsdiskurses: Die Französische Revolution und die „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ von Olympe de Gouges

Der Frauenrechtsdiskurs der Weimarer Republik, der sowohl profeministische wie antifeministische<sup>3</sup> Aussagen umfasst, knüpft inhaltlich im weitesten Sinne an den europäischen und amerikanischen Bürgerrechtsdiskurs an. Als wohl wichtigste europäische Vorreiterin der Frauenbewegung muss Olympe de Gouges (1748-1793) gelten, eine Zeitzeugin der Französischen Revolution. 1791 verfasste de Gouges in Anlehnung an die französische *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte*<sup>4</sup>, den wohl bedeutendsten Grundtext des europäischen Demokratiediskurses, die *Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin*<sup>5</sup> als Paraphrase auf den Urtext. De Gouges' sprachliche Strategie, die Frauenrechte den allgemeinen Bürgerrechten einzuschreiben, bestand darin, stets sowohl männliche wie weibliche Adressaten explizit anzusprechen, z.B. mithilfe von Paarformeln wie *Alle Bürgerinnen und Bürger* oder durch die Formulierung von *Frau und Mann* bzw. von *Frauen und Männern* anstelle des neutralen *Mensch* (frz. *homme*). Dies hatte den Vorteil, dass Frauen als Rechtsträgerinnen – zumindest aber ihre legitimen Ansprüche – sichtbar gemacht werden konnten.<sup>6</sup>

In Deutschland lassen sich die Ursprünge der bürgerlichen Frauenbewegung ebenfalls auf ein Revolutionsjahr, das Jahr 1848, datieren. Hier ist vor allem Louise Otto Peters als Vorbild zu nennen. Im selben Jahr verfassten amerikanische Frauen eine Frauenrechte-Erklärung, die *Seneca Falls Convention*, die den Beginn der amerikanischen Frauenbewegung markiert und wie bei de Gouges als Paraphrase auf die Unabhängigkeitserklärung von 1776 formuliert war. Sie fand spätestens ab 1850 ein weltweites Echo und wurde von den Pionierinnen der deutschen Frauenbewegung um 1900 ausführlich gewürdigt.<sup>7</sup>

3 Vgl. etwa die Debatten im *Monatsblatt des deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation*. Berlin, Heft 7-9, Juli/August/September 1919.

4 Frz. *Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen*.

5 Frz. *Déclaration des Droits de la Femme et de la Citoyenne*.

6 Eine andere Strategie wäre es, auf die Verwendung des generischen Maskulinums grundsätzlich zu verzichten, oder zuweilen auf das generische Femininum auszuweichen, um Irritationen im Sprachgebrauch hervorzurufen und auf die Ungleichbehandlung von Frauen aufmerksam zu machen. Vgl. z.B. Samel 2000, dort Kapitel 2: „Sprachsystem und Sprachgebrauch in der feministischen Kritik“.

7 Vgl. z.B. Strinz 1901, S. 462-466 sowie Lange 1908. Zum historischen Hintergrund auch Gerhard 2008, S. 78-83.

## 2.2 Der Frauenrechtsdiskurs in der frühen Weimarer Republik

Vorrangiges Ziel der deutschen Frauenbewegung war bis 1918 die Erlangung des aktiven und passiven Wahlrechts. Die sich zu diesem Zweck konstituierende Frauenstimmrechtsbewegung formierte sich ab 1894. Ihre beiden wesentlichen Strömungen, die liberale und die sozialistische, bildeten sich parallel und im Kontext zu den großen sozialen Bewegungen der Zeit, also der europäischen Emanzipationsbewegung insgesamt heraus.<sup>8</sup>

Der Erste Weltkrieg markiert eine wichtige Zäsur in der deutschen Frauenbewegung. Mit Ausbruch des Krieges wandten sich Frauen überwiegend Fragen der Wohlfahrt zu und stellten sich in den Dienst des Vaterlands oder – entsprechend ihrer ideologischen Überzeugung – des Internationalismus.

Mit dem politischen Umbruch durch die Novemberrevolution 1918 wurden Frauen, wie übrigens auch Jugendliche, erstmals zu wichtigen Adressaten der politischen Parteien und Verbände. Sie konnten sich nun auch als Akteure, z.B. als Abgeordnete im Parlament, für ihre Belange einsetzen.

## 2.3 Zentrale Argumentationen des Weimarer Frauenrechtsdiskurses

Fragt man danach, wie sich die Forderungen nach Frauenrechten im Demokratiediskurs der frühen Weimarer Zeit sprachlich niederschlagen, wird evident, dass den Argumentationen im Diskurs eine zentrale Rolle zukommt. Allgemein gilt, dass Argumentationen ein wesentliches Merkmal von Diskursen sind und dass sich ihre strukturelle Beschaffenheit linguistisch analysieren und beschreiben lässt.<sup>9</sup> Methodisch können wir dabei auf grundlegende linguistische Arbeiten von Kopperschmidt<sup>10</sup> und Wengeler<sup>11</sup> zurückgreifen. Die Argumentationsanalyse eröffnet den Zugang zu gängigen Denkmustern im untersuchten Zeitraum, die den öffentlichen Diskurs maßgeblich in Form von Pro- und Contra-Argumenten, Überlegungen und Meinungsäußerungen geprägt haben.<sup>12</sup> Im Unterschied zur Rhetorik geraten dabei nicht allgemein gängige Argumentationsmuster, sondern kontextspezifische Argumentationen in den Blick, die entweder explizit sind oder impliziert bzw. präsupponiert vorkommen. Ihre Rekonstruktion als Serie im Sinne Foucaults<sup>13</sup> bietet darüber Aufschluss, welche Denkmuster im Diskurs neu auftauchten, dominierten oder gar verschwanden.<sup>14</sup> Dass es sich dabei nicht um

8 Vgl. Greven-Aschoff 1981, S. 14. Dazu auch Rosa Mayreder: „[S]o darf ich auch hervorheben, daß die vorliegende Schrift ihren Ursprung meiner langjährigen Tätigkeit in der Frauenbewegung verdankt. Die üblichen abfälligen Urteile über die Emanzipations-Ideologie, ebenso wie die Vorgänge in der Frauenbewegung selbst gaben mir Anlaß, Analogien zu suchen; und es blieb mir nicht lange verborgen, daß dem Kampf um die Verwirklichung dieser Ideologie etwas Typisches anhafte, das den Verlauf jeder sozialen Bewegung bestimmt.“ (Mayreder 1925; Vorwort)

9 Vgl. Kämper 2005, S. 93.

10 Kopperschmidt 1989.

11 Wengeler 2003.

12 Vgl. Wengeler 1997, S. 98.

13 Vgl. zur Serie Foucault 2003, S. 35f.

14 Wengeler 2008, S. 218.

stringente, d.h. streng logische Argumentationen handeln muss, sondern um alltägliche Muster handeln kann, die im Diskurs gängig sind, z.B. als Mittel der Persuasion, hat bereits Kienpointners Untersuchung zur Alltagslogik<sup>15</sup> zeigen können. Die Analyse von Argumentationsstrukturen in Diskursen in das Forschungsfeld ‚Sprachgeschichte als Umbruchgeschichte‘ einzureihen, drängt sich auf. Schon der Umstand, dass Frauen mit dem erstrittenen Wahlrecht 1919 erstmals selbst ihre Interessen vertreten können und damit demokratiegeschichtlich neu als Beteiligte den Diskurs durch Dynamik und Themenvielfalt beeinflussen, markiert einen Umbruch.<sup>16</sup> Frauenrechte werden in unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens postuliert, gerechtfertigt, verteidigt, aber auch argumentativ zurückgewiesen. Kommen wir damit zur Rekonstruktion wesentlicher Argumente im Frauenrechtsdiskurs.

Das wohl wichtigste, auch schon vor der Ausrufung der Republik verwendete universale Argument lässt sich auf die einfache Formel bringen: ‚Frauenrecht ist Menschenrecht!‘ Es handelt sich dabei formal betrachtet um einen verkürzten praktischen Syllogismus der Form: Alle Menschen haben Rechte. Frauen sind Menschen. Ergo: Frauen haben Rechte. Es treten weitere Muster hinzu, die für den Demokratisierungs- und Frauenrechtsdiskurs der frühen Weimarer Republik typisch sind, und von denen einige in der Folge kurz vorgestellt werden.

Das erste Muster lässt sich rekonstruieren als ‚Frauen unterscheiden sich in Art und Wesen, deshalb unterscheiden sie sich hinsichtlich ihrer Rechte.‘ Dieses biologistische Argumentationsmuster ist besonders in Texten von bürgerlichen Frauen und Männern anzutreffen, häufig motiviert aus einer Ablehnung des Feminismus. So verwendet es die antifeministische Aktivistin Helmine Strosser, wenn sie 1915 schreibt:

„Männer und Frauen unterscheiden sich in Wesen, Eigenschaften und Tugenden grundsätzlich, psychisch wie physisch. [...] Darum sind die Frauen durchaus nicht minderwertig [...]; ihre Vollwertigkeit zeigt sich nur auf anderen Gebieten als denen des männlichen Geschlechts.“<sup>17</sup>

In einem Beitrag von Margarete Jähne in der *Illustrierten Frauenumschau*, der *Zeitschrift für die gebildete Frau aller Stände*, finden wir 1920 ebenfalls dieses Argumentationsmuster. Jähne vertritt ebenfalls die Position, dass die „Eigenart der Frau“ sie nicht zu allen Ämtern und Aufgaben befähige, obwohl sie Frauenrechte befürwortet und die mannigfaltigen Leistungen von Frauen würdigt: „Freilich, das werden wir auch sagen müssen: Nicht jeder Beruf entspricht der Eigenart der Frau.“<sup>18</sup> Damit wird auch die hier in biologistischer Weise gegen die volle Gleichstellung der Frau argumentiert.

‚Frauen haben sich im Krieg (nicht) bewährt, deshalb sollen sie (nicht) politisch gleichberechtigt sein bzw. Ämter bekleiden‘ ist ein weiteres Muster, dessen Rekonstruktion zeigt, dass sich sowohl pro- wie antifeministische Akteure seiner

15 Kienpointner 1992. Vgl. dazu aus diskurslinguistischer Perspektive auch Wengeler 2008, S. 218.

16 Vgl. Kämper 2008, S. 212f. sowie Kämper 2009, S. 352f.

17 Strosser 1915.

18 Jähne 1920.

bedienen. Schon während des Krieges wird es fester Bestandteil des Frauenrechtsdiskurses. Pazifistinnen wie Lida Gustava Heymann von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) argumentieren, dass Frauen, da sie sich für den Frieden einsetzten und den Krieg nicht zu verantworten hätten, in Friedenszeiten die Verantwortung weiterhin, auch in politischen Ämtern, behalten sollten. Nach der Wahl 1919 klagt sie darüber, dass noch immer „[d]ieselben altersschwachen Greise [...] wieder in die Nationalversammlung [einziehen]. [...] Sie merken nicht, daß eine neue Zeit im werden [sic!] begriffen ist, die andere Menschen fordert, Menschen, die nicht mitschuldig sind am Vergangenen, Menschen, die einen anderen Geist haben, von anderer Gesinnung beseelt sind.“<sup>19</sup> Diese „anderen Menschen“ sollen zweifellos die Frauen sein. Die Antifeministinnen argumentierten dagegen, dass sich Frauen nicht bewährt hätten, weil sie es eben nicht vermocht hätten, den Krieg zu verhindern. Ihnen dürfe deshalb keine politische Verantwortung übertragen werden. Einen Beleg finden wir 1915 bei Helmine Strosser:

„Der internationale Frauenbund, der seit 1888 besteht, hat es nicht vermocht, den Krieg zu verhindern. Frauen haben sich daher nicht für politische Ämter empfohlen. [...] Erst wenn die Frauen gleiches geleistet haben, dürfen sie volle Gleichstellung mit den Männern verlangen.“<sup>20</sup>

Ein drittes, häufig auftretendes Muster, das als Variation des zweiten interpretiert werden kann, lässt sich im Sinne Toulmins als Wenn-dann-Beziehung rekonstruieren<sup>21</sup>: ‚Wenn Frauen gleiche Rechte haben, dann müssen sie auch gleiche Pflichten haben.‘ Und umgekehrt: ‚Wenn Frauen gleiche Pflichten erfüllen, dann müssen sie auch gleiche Rechte haben.‘ Mit dieser Entsprechung von Rechten und Pflichten argumentieren vor allem Vertreterinnen der proletarischen Frauenbewegung, selten andere. So richtet sich die „Deutsche Liga für Frauenschutz und Frauenrettung“ nach der Novemberrevolution mit den Worten an ihre Mitglieder:

„Große Rechte bringen aber auch große Pflichten mit sich. An den Frauen liegt es jetzt zu zeigen, daß sie es wert sind, die volle Gleichberechtigung mit dem Manne erreicht zu haben.“<sup>22</sup>

Auch Emma Stropp, eine Vertreterin der bürgerlichen Frauenbewegung, stellt eine solche Verbindung her, wenn sie schreibt:

„Ihm [dem sozialdemokratischen Willen zur Tat; U.K.] danken wir [...] die schnelle Einführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Die Rechte, die uns dadurch geworden, legen aber die Verpflichtung auf, uns zu deren Erfüllung herauszubilden.“<sup>23</sup>

19 Heymann im Februarheft 1919 der Zeitschrift *Die Frau im Staat*, zit. nach Heymann/Augspurg 1972, S. 168f.

20 Strosser 1915.

21 Vgl. Toulmin 1975, S. 91.

22 *Frauenehre*, Heft 2,3 (1918), S. 1.

23 Stropp 1919, S. 1f.

Das Gleiche-Rechte-gleiche-Pflichten-Muster findet schließlich Eingang in die Weimarer Verfassung. Dort heißt es in Artikel 109:

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. [...]“

Als viertes Muster soll abschließend noch ein zentrales Argument vorgestellt werden, das ausschließlich von Feministinnen bzw. Befürwortern von Frauenrechten verwendet wird. Es lässt sich auf die Formel bringen: ‚Frauen können ihre Sache nur selbst vertreten, deshalb müssen sie mit den Männern gleichberechtigt sein.‘ So schreibt Regine Deutsch, eine liberale Frauenrechtlerin, die zunächst für die Deutsche Demokratische Partei (DDP), später für die Deutsche Volkspartei (DVP) Mitglied der Nationalversammlung ist, 1923 im Vorwort zu ihrem Bericht über „Zwei Jahre parlamentarische Frauenarbeit“:<sup>24</sup>

„Staatsangehörige bis zum November 1918, hat erst die zweite deutsche Revolution die Frauen zu Staatsbürgerinnen gemacht. Jedoch kann man durch eine Verordnung, durch Gesetze und Verfassung nur äußere Freiheit geben [...] – das wahre Staatsbürgertum kann jeder sich nur selbst erringen.“

Auch die Herausgeberinnen der Zeitschrift *Die Frau im Staat*<sup>25</sup> argumentieren, dass Frauen ihre Sache selbst vertreten müssen. Sie legen im ersten Heft vom Januar 1919 ein Programm vor, dem die Zeitung verpflichtet sein soll. Dort heißt es:

„‚Die Frau im Staat‘ will nicht die von Männern seit Jahrhunderten vertretene Politik übernehmen oder nachahmen, sie will im Gegenteil [...] eigene Wege gehen. Sie redet der ganz selbständigen politischen Betätigung der Frauen das Wort, denn nur diese schafft den Staaten neue Werte.“<sup>26</sup>

Wie die Rekonstruktion von Argumentationen im Diskurs Umbrüche zu Tage fördert, wird auch lexikalisch-semantisch ein sprachlicher Umbruch erkennbar.<sup>27</sup> Auf der konzeptuellen Ebene lassen sich Ausdifferenzierungen nachweisen, die der historischen Entwicklung innerhalb der Frauenbewegung entsprechen. Wir haben diese Ausdifferenzierung schon am Beispiel der Pro- und Contra-Argumentationen exemplifiziert. Wenn wir davon ausgehen, dass sprachliche Umbruchgeschichte eine Geschichte der Demokratisierung, d.h. der Entwicklung von demokratisch-sozialen Wortschätzen und Kommunikationsformen ist<sup>28</sup>, die wie hier mit dem ereignisgeschichtlichen Umbruch 1918 neue Ausprägungen erfahren, liegt es nahe, auf die Demokratiekonzepte im Frauenrechtsdiskurs zu schauen.

24 Deutsch 1923. Dort das Vorwort, S. IVf.

25 Die Herausgeberinnen sind Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg.

26 Zit. nach Heymann/Augspurg 1972, S. 221.

27 Vgl. Kämper 2008, S. 216-219.

28 Vgl. ebd., S. 206 sowie Kämper 2009, S. 355.

## 2.4 Demokratiekonzepte im Frauenrechtsdiskurs der frühen Weimarer Republik

In ihren Demokratiekonzepten unterscheiden sich die bürgerliche und die proletarische Frauenrechtsbewegung erwartungsgemäß stark. Von den Bürgerlichen wird ‚Demokratie‘ als Ermöglichungsbedingung für ‚Freiheit‘, ‚Gleichheit‘ wie auch ‚Autonomie‘ positiv bewertet. Waren sie noch während des Krieges dem monarchischen System überwiegend verbunden, bekannten sie sich nun offen zur Demokratie und schätzten die neu gewonnenen Privilegien.<sup>29</sup> Zugrunde liegt ein Demokratiekonzept, das von der Gemeinschaft her, organizistisch, gedacht wird. Dies können wir den Äußerungen Gertrud Bäumers entnehmen, die 1918 formuliert:

„Denn was heißt Demokratie anderes, als die Lösung des Problems, wie bei gleicher selbsttätiger Mitwirkung aller Volksteile ein Ganzes geschaffen wird, das im organischen Zusammenwirken jedem seine Stelle zugesteht und so aus voller politischer Gerechtigkeit zugleich die soziale und kulturelle Gerechtigkeit herauswachsen läßt.“<sup>30</sup>

Die starke Koppelung dieses bürgerlichen Demokratiekonzeptes an die Nation und das Volk kommt auch in der berühmten Rede der gemäßigten Sozialdemokratin Marie Juchacz zum Ausdruck, die als erste Frau in der neu gewählten Nationalversammlung sprechen durfte.

„Es ist das erstmal, dass in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf [...]. Durch die politische Gleichstellung ist nun meinem Geschlecht die Möglichkeit gegeben zur vollen Entfaltung seiner Kräfte. [...] Zu all diesen Dingen, die wir uns vorstellen, hat die Umgestaltung unserer Staatsform zur Demokratie uns die Wege geöffnet.“<sup>31</sup>

Auf der Seite der proletarischen, besser radikal-sozialistischen Frauenbewegung stoßen wir auf ein ganz anderes Demokratiekonzept. Demokratie wird dort aufgefasst als Hemmnis der Gleichberechtigung und Gleichheit, als Kontradiktion zur Volksherrschaft, hier natürlich interpretiert als Sozialismus. Dies soll am Beispiel der Worte Clara Zetkins aus dem Jahr 1918 belegt werden. Sie schreibt:

„‚Demokratie‘ ist die gleißende, trügerische Losung der Stunde, mit der die Gegenrevolution zur Schlacht zieht, um das Proletariat in seine alte politische Machtlosigkeit zurückzuwerfen. [...] Ist es unter den gegebenen geschichtlichen Verhältnissen tatsächlich der Gedanke der Demokratie, der Volksherrschaft, der im Gegensatz zu einer Klassenherrschaft in einer Konstituante seine lebens- und blutvolle Verkörperung finden wird? Keineswegs und im Gegenteil.“<sup>32</sup>

<sup>29</sup> Vgl. Greven-Aschoff 1981, S. 158f.

<sup>30</sup> Bäumer zit. nach Greven-Aschoff 1981, S. 157.

<sup>31</sup> [http://www.awo-le.de/awo/geschichte/marie\\_juchacz\\_rede.htm](http://www.awo-le.de/awo/geschichte/marie_juchacz_rede.htm), <30.03.2010>.

<sup>32</sup> Clara Zetkin, „Um Schein oder Sein voller Demokratie“. Frauenbeilage der Leipziger Volkszeitung, 2. Dez. 1918. Zit. nach Zetkin (1960), S. 62f.



Dieses sozialistische Demokratiekonzept lässt sich auch im Streikdiskurs der frühen Weimarer Republik wiederfinden.

### 3 Die Arbeiterbewegung im Umbruch – Internationalismus der Arbeiterbewegung im Kontext der europäischen „Streik“-Bewegung (Christian Kreuz)

#### 3.1 Streik im „alten Europa“

Sieht man sich die Entwicklung der Streiks vor der Weimarer Republik und deren Weiterführung während der Weimarer Republik an, kann man die europäischen und damit international-interdiskursiven Bezüge nicht außer Acht lassen. Doch fällt es auf den ersten Blick schwer, alle Bezüge, z.B. die intensive deutsche Auseinandersetzung mit der Rolle der Streiks in Russland als Vorbild für Streiks in Deutschland, unter unser heute eher westlich orientiertes Bild Europas zu fassen.<sup>33</sup> Um nicht die ganze Debatte in ihrem historischen Ausmaß darzulegen und definitorischen Problemen dabei aus dem Weg zu gehen, soll im Folgenden als Alternativvokabel „international“ für die interdiskursiv-internationalen Bezüge zu Streiks in Russland, England etc. herangezogen werden.

Als Referenz auf den Titel soll in einem ersten Abschnitt kurz auf den Zusammenhang des Konzeptes „Streik“ mit der Umbruchgeschichte eingegangen werden. Danach wird der Ausdruck *Streik* und später seine inhaltliche Füllung und Verwendung vor und während der Anfangsphase der Weimarer Republik betrachtet. Ein Rückgriff auf die Vorzeit ist in diesem Fall zwingend nötig, um die historischen und sprachlichen Wurzeln des Konzeptes „Streik“ transparent zu machen. In einem letzten Schritt sollen die internationalen Bezüge durch Rückgriff auf ein zusammengestelltes Korpus aufgezeigt und mit historiographischen Quellen abgeglichen werden.

#### 3.2 „Streik“ – Geschichte als Umbruchgeschichte

Ordnet man die sprachliche Entwicklung des Ausdrucks *Streik* bis in die Weimarer Republik einer Demokratiegeschichte des 20. Jahrhunderts zu, stellt sich die Frage: Welcher Zusammenhang besteht eigentlich zwischen dem diskursiven Element *Streik* und einer Demokratiegeschichte als sprachliche Umbruchgeschichte?<sup>34</sup> Mit Friedhelm Boll sind die „Streikwellen“ des ausgehenden 19. und besonders des 20. Jahrhunderts „nicht zuletzt auch gewerkschaftskulturelle und

34 Vgl. zur aktuellen Kontroverse in der Frage „Was ist Europa?“: [http://www.bpb.de/themen/MJAM4W,0,Ein\\_Europa\\_mit\\_variablen\\_Grenzen.html](http://www.bpb.de/themen/MJAM4W,0,Ein_Europa_mit_variablen_Grenzen.html), oder [http://www.bpb.de/themen/8KZW1Y,0,Europa%3A\\_%28k%29ein\\_geografischer\\_Kontinent.html](http://www.bpb.de/themen/8KZW1Y,0,Europa%3A_%28k%29ein_geografischer_Kontinent.html), <27.01.2011>.

35 Vgl. u.a. Kämper 2008. Weiteres zu Sprachliche Umbrüche des 20. Jahrhunderts unter: <http://www.ids-mannheim.de/lexik/SprachlicherUmbruch/>, <27.01.2011>.

politische Umbrüche“ (Boll 1990, S. 384f.). Somit kann auch das Konzept „Streik“ als ein Subthema der Demokratiegeschichte als Umbruchgeschichte erfasst werden und die einzelnen Streikwellen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts können als „Momente der Diskontinuität stärker in den Blick“ (Boll 1990, S. 385) genommen werden.

### 3.3 „Streik“ – Ausdruck und Extension

Das Wort *Streik* ist aus dem Neuenglischen als eine nominalisierte Form des Verbs *to strike*, oft auch als Phrase *to strike work* verwendet, in der Bedeutung ‚die Arbeit einstellen‘ entlehnt worden.<sup>35</sup> Das Deutsche Wörterbuch von Weigand führt zum Aufkommen der Vokabel *Streik/Strike* und der frühen Verwendung als Schlagwort an: „1844 noch als fremd empfunden, Schlagwort etwa seit 1865“ (DW 1909-1910, S. 988). Das Wort *Streik*<sup>36</sup> ist auch als lexikalisierte Form im ersten Duden von 1880<sup>37</sup> und seit der Ausgabe von 1890 als „verabredete Arbeitseinstellung, Aufstand“ (vgl. u.a. Duden 1890, S. 223) gebucht, das Konzept „Streik“ erfuhr aber um die Jahrhundertwende eine Erweiterung der Extension, die nicht nur die „Erreichung wirtschaftlicher Ziele“ beinhaltete. Die Durchsetzung politischer Ziele und damit die Instrumentalisierung des Ausdrucks *Streik* rückten zeitweise und ereignisbedingt in den Vordergrund. Aber auch die Gegenbewegung zur streikenden Gruppe schien sich zeitgleich zu entwickeln. So ist im Duden von 1918 neben den Lemmata *Streik* und *streiken* sowie *Streiker* der Ausdruck *Streikbrecher* (vgl. Duden 1918, S. 476) zu finden.

Schon an den seit 1889 geführten Statistiken über Streiks<sup>38</sup> sind die Wichtigkeit von Streiks für die Staatsführung und die Thematisierung des Ausdrucks zu erkennen. Außerdem wird hier neben den Streikbrechern eine weitere Form der Gegenbewegung deutlich: die Aussperrung.<sup>39</sup> Die Unternehmen hatten die Möglichkeit, im Falle eines Streiks die Arbeitnehmer von der Arbeit auszuschließen. Auch diese Form wurde in den Statistiken erfasst und thematisiert.

Die Bedeutungserweiterung, die das Konzept, wie eingangs erwähnt, um die Jahrhundertwende erfuhr, führte dazu, dass es zwei Lesarten des Ausdrucks *Streik* gab und gibt: Die erste Lesart ist die des in den Wörterbüchern beschriebenen arbeitsrechtlichen Streiks, der „zur Erlangung einer Verbesserung der Ar-

36 Vgl. u.a. Kluge 2002, S. 890.

37 In frühen Belegen oft auch in der Schreibweise *Strike*.

38 Das Lemma *Streik* und das Verb *streiken* werden seit 1880 in beiden Schreibweisen, seit 1902 nur noch in der angeglichenen Schreibweise, in den Ausgaben von 1880 bis 2009 gebucht. In Wörterbüchern vor der Jahrhundertwende (Campe 1810, Heyse 1849, Paul 1897) werden die Ausdrücke nicht als Lemmata gebucht.

39 Exemplarisch wurden hierzu die regionalen Statistiken über Streiks in Bayern ([http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/document/artikel\\_44619\\_bilder\\_value\\_2\\_streik3.jpg](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/document/artikel_44619_bilder_value_2_streik3.jpg), <27.01.2011>) und die überregionalen und verfügbaren Ausgaben der Statistik des Deutschen Reiches von 1899-1919 (Bd. 134, 141, 148, 157, 164, 171, 178, 188, 195, 230, 239, 249, 259, 269, 278-280, 282, 290) herangezogen.

40 Vgl. hierzu die oben angeführten Statistiken.

beitsbedingungen dient“ (Schmidt 1982, S. 10) und schon früh als Fahnenwort der Diskursakteure Arbeiter und Gewerkschaften diente. Wilhelm Liebknecht argumentierte schon 1893 auf einem sozialdemokratischen Parteitag mit *Streik*, indem er mit internationalem Bezug konstatierte, dass der „Generalstreik für ein Land oder gar ein Weltstreik ein Unsinn [sei und ein] Schlagwort derer, welche die Gesamtlage nicht übersehen.“<sup>40</sup> Die zweite Lesart ist die des politischen Streiks, der „gegen den Staat bzw. seine Organe mit dem Ziel [gerichtet ist], hoheitliche Handlungen unter Druck zu erzwingen oder zu verhindern“ (Schmidt 1982, S. 10). Die Gruppe von Diskursakteuren, die diese Lesart im Sinne eines Fahnenwortes verwendeten, ist heterogen. Der sozialdemokratische Theoretiker, SPD- und spätere USPD-Politiker Eduard Bernstein erkannte 1893, dass die „Idee, durch Einstellung der Arbeit die Gewährung politischer Forderungen zu erzwingen, [...] auf den ersten Blick eine so verlockende [ist], daß man sich nicht wundern kann, sie in der Geschichte der modernen Demokratie immer wieder auftauchen zu sehen“ (Bernstein 1893/94, S. 689). Er definiert weiter, dass „im Begriff des Zeitwortes to strike [...] stets die Vorstellung des Eindrucksvollen, der Hefigkeit, der Wucht enthalten [ist]. Es ist kein bloßes Im-Stich-Lassen der Arbeit, welches mit dem Wort strike bezeichnet wird, sondern ein Verlassen, das von vielen ausgeübt wird und Eindruck machen, eine Wirkung über das bloße Unverrichtbleiben der Arbeit hinaus erzielen soll.“ (Bernstein 1906/1920, S. 7)

Wie zeigen sich nun diese beiden Lesarten im Sprachgebrauch der Diskursakteure? Und welche internationalen Bezüge werden deutlich? In der um die Jahrhundertwende brisant gewordenen sogenannten „Massenstreikdebatte“ thematisierte Rosa Luxemburg, angetrieben durch die Russische Revolution, in ihrer Schrift zu „Massenstreik. Partei und Gewerkschaften“ (1906)<sup>41</sup> explizit die Ambiguität des Ausdrucks *Streik*. Sie explizierte nicht nur die Extension des Ausdrucks *Streik*, sondern stellte zudem den internationalen Charakter deutlich heraus, indem sie sprachreflexiv schrieb:

„Hier haben wir die Argumentation, die für die Stellungnahme der internationalen Sozialdemokratie zum Massenstreik in den folgenden Jahrzehnten maßgebend war. [...] In der Tat. Die Trennung zwischen dem politischen und dem ökonomischen Kampf und die Verselbständigung beider ist nichts als ein künstliches, wenn auch geschichtlich bedingtes Produkt der parlamentarischen Periode [...]“

Weiter sagte sie für die Zeit der Streiks und Revolution zwischen 1917 bis 1919 voraus:

„Sobald eine Periode revolutionärer Kämpfe eintritt, d.h. sobald die Masse auf dem Kampfplatz erscheint, fallen sowohl die Zersplitterung des ökonomischen Kampfes wie die indirekte parlamentarische Form des politi-

41 Liebknecht 1893 zitiert in: Schönhoven 1987, S. 239.

42 Luxemburg 1906: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1906/mapage/index.htm>, <27.01.2011>.

schen Kampfes weg; in einer revolutionären Massenaktion sind politischer und ökonomischer Kampf eins.“<sup>42</sup>

In einem späteren Aufruf, einem Flugblatt der Spartakusgruppe über den Massenstreik der Berliner Arbeiter vom April 1917, ist nicht nur der von Rosa Luxemburg angekündigte (sprachliche) Umbruch vom arbeitsrechtlichen zum politischen Streik zu erkennen, auch die Kombination von *Masse* und *Streik* avancierte anscheinend zum Schlüsselwort der linken Gruppierungen:

„Der Massenstreik der Berliner Arbeiter ist vorbei, das Masseneleid, die Massenentrechtung, der Belagerungszustand und der Völkermord dauern fort! Und auch die Hungersnot! [...] Es galt daher, den Massenstreik zu einem millionenstimmigen Ruf nach Frieden anschwellen zu lassen [...]; es galt, eine neue Massen- und Kampforganisation zur Erringung des Friedens und der Freiheit im Gefecht selbst zu schaffen; und vor allem galt es, die Ernährungsfrage dem Friedenskampf ganz unterzuordnen, da jene mit diesem unlösbar verbunden und für sich allein gar nicht gelöst werden kann.“<sup>43</sup>

Welche Form des Streiks angestrebt wurde, war aber aufgrund der Ambiguität des Ausdrucks oft unklar und so wurde die Frage gestellt: „Woran lag es, daß die Bewegung nicht schon auf den ersten Anlauf hin zum Ziele gelangen konnte?“ Den Grund sah die Spartakusgruppe gerade im Problem der verschiedenen Lesarten:

„Vor allem zweifellos an der Unklarheit bei großen Teilen der breiten Masse über das Ziel selbst und die Mittel seiner Erreichung. Dann aber daran, daß wir es nicht vermochten, den politischen Massenstreik, der sich gegen die Regierung und die durch den Krieg geschaffene Lage richtete, von den hergebrachten gewerkschaftlichen Kämpfen zu unterscheiden, bei denen die Gewerkschaftsinstanzen als anerkannte und berufene Führer der Arbeiter fungierten.“<sup>44</sup>

Die Frage aber „Was [...] in den Streiks zutage [tritt]?“ beantwortete Clara Zetkin auf einem außerordentlichen Parteitag der USPD am 4. März 1919 in Berlin:

„In den Streiks kommt elementar ein unklares, unbewußtes Auflehnen und Meutern gegen die kapitalistische Wirtschaft selbst zum Ausdruck. Diese Streiks sabotieren die bürgerliche Ordnung an ihrer Grundlage. Als internationale Sozialisten haben wir die Aufgabe, diesen revolutionären Streiks Richtung und Ziel zu geben, all die emporsprudelnden vielen kleinen Wasserläufe zusammenzuleiten, zum großen, gewaltigen Strom werden zu lassen.“

43 Luxemburg 1906: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1906/mapage/kap1.htm>, <27.01.2011>.

44 Flugblatt der Spartakusgruppe über den Massenstreik der Berliner Arbeiter vom April 1917. (DuM 1959, S. 469)

45 Flugblatt Demonstrationen am 16. April 1917. (DuM 1959, S. 460)

#### 4 Europa-Konzepte in ideologisierten Kontexten (Heidrun Kämper)

Aufgabe einer linguistischen Diskursanalyse ist die Exploration sprachlicher Phänomene, die einen Diskurs, also eine thematisch-inhaltlich kohärente komplexe sprachliche Einheit, als eine vom jeweiligen historischen Kontext determinierte kollektive sprachliche Handlung bestimmen. Ein Diskurs ist mithin als sprachliches Kontextualisierungsergebnis darstellbar, dessen Einheiten/Aussagen/Elemente sich auf einen bestimmten Gegenstand beziehen. Ein Diskurs der frühen Weimarer Zeit mit europäischem Bezug ist ein Diskurs, der „Europa“ zum thematischen bzw. inhaltlichen Gegenstand hat. Die Exploration eines solchen Diskurses verfolgt unterschiedliche Erkenntnisinteressen – in unserem Fall geht es vor allem um die frühe Weimarer Zeit als ein zentraler diskursiver Ort der sprachlichen Demokratiegeschichte.

„Europa“ ist ein für Nachkriegszeiten typischer Diskursgegenstand. Das war 1648 nicht anders als 1814/15, als 1918/19, als 1945<sup>45</sup> (vgl. Kocka auf fes-onlineakademie, s.v. Europäische Identität). In der frühen Nachkriegszeit 1918ff. war „Europa“ ein hoch präsent Thema – die politische Karikatur gibt darüber Aufschluss: „Dr. Jaroslaw Prahas »Weltgeschichte vom psychoanalytischen Standpunkt« (Wien, 1918, bei Hugo Heller) ist auf das dringendste einem jeden Europathen (und wer wäre das nicht – da Gott selbst Europath?) zu empfehlen.“ (Klabund 1922, S. 29) An anderer Stelle lässt Klabund seinen Protagonisten Otto über die „Zukunft Europas“ rasonieren:

„Der dämonische Otto war ein Feind von nichts und alles sagenden Phrasen. Die Zukunft Europas, so lächelte er verführerisch zu Lilli hinüber, und hob ein Glas, in dem französischer Sekt leise knisterte, wird von den proletarischen Grundtendenzen abhängen, von denen die Zukunft Europas abhängt.“ (Ebd., S. 125f.)

„Zukunft Europas“, das lernen wir aus diesen Szenen, ist ein Topos des Europa-Diskurses der frühen Weimarer Zeit.

In der Chiffre „Weimar 1918“ ist insofern europäische Realität verdichtet, als sie die Tatsache eines verlorenen Kriegs und seine Folgen bezeichnet. Das Europa-Konzept erfährt in diesem politischen Diskurs- und Handlungskontext Spezifizierungen:

- Der Weltkrieg wurde auf europäischem Boden geführt.
- Die Internationalität dieses Ereignisses bedingt die Internationalität der Handlungsbeteiligten, die als Sieger und Besiegte gemeinsam und aufeinander bezogen agieren.
- Man sucht auf internationaler und auf nationaler Ebene die Frage nach der Kriegsschuld zu beantworten und da die Deutschen der westlichen europäischen und amerikanischen Welt als Aggressoren gelten, suchen sie, diese Schuld – mit dem Verweis auf die europäischen Kriegsbeteiligten – zu europäisieren, d.h. zu mindern, wo nicht abzuwehren.

46 Vgl. für 1945ff. Jung/Wengeler 1995, Felbick 2003, Kämper 2005 und 2007.

Ein Effekt dieser Konstruktion, der für den Diskurs der frühen Nachkriegszeit eine eminente Bedeutung hat, ist die Europäisierung eines Sachverhalts durch die Deutschen, der aus der umgekehrten europäischen Perspektive eine rein deutsche Veranstaltung darstellt: „In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Vergeltung wie die Politik der Expansion und die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hat zu der Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkrieg ihre Krisis erlebte“ (Brockdorff-Rantzau 1919, S. 25). Es ist ein Muster politischer Kommunikation, dass diejenigen, die als Aggressoren oder wie immer Schuldige in der Absicht der Schuldminimierung wenn nicht -leugnung solcherart integrierend, d.h. aufrechnend reden.

- Man formuliert einen Friedensvertrag mit internationalem, vor allem europäischem Format – Deutschland muss auf Teile seines Territoriums verzichten, das andere europäische Staaten zugeschlagen bekommen, und diese Europäisierung ehemals deutscher Territorien ist den deutschen Zeitgenossen natürlich ein Skandalon: „Schickele wird durch den Frieden [...] Franzose, Däubler Italiener; beides deutsche Dichter, schon daher die ganze Unsinnigkeit und die Brüchigkeit des projektierten Friedens beleuchtend“ (Kessler 1919, S. 21). Harry Graf Kessler benennt mit seinem Tagebucheintrag diese europäische Realität, der man sich 1918/19 gegenüber sieht.
- Die politische Bereichsspezifität lässt Europa um 1918 auch in dem Kontext des demokratischen Handlungsmotivs erscheinen. Eine zentrale Leitidee der Diskurse um 1918 heißt ‚Demokratie‘ – um es etwas verkürzt zu sagen: Es ist die europäisch geprägte politische Konzeption seit 1789, die sozusagen den deutschen Aggressoren und Verlierern des Ersten Weltkriegs als alternativloses politisches Konzept aufgegeben wurde.
- Schließlich ist die intellektuelle Europaidee zu nennen, die um 1918 hohe Evidenz erhält – mit unterschiedlicher Konzeptualisierung. Namen von Vertretern disparater Europa-Konzepte sind Oswald Spengler und Richard Coudenhove-Kalergie, Hugo von Hofmannsthal und Thomas Mann.

Diese Beispiele sollen genügen. Die Evidenz einer europäischen Dimension der diskursgeschichtlichen Chiffre „Weimar 1918“ ist unübersehbar. Das Konzept „Europa“ erfährt in dieser Nachkriegszeit extreme Ausdeutungen, hat jedoch einen grundsätzlich binären Charakter: „Europa“ ist sozusagen entweder – für die Freunde der Idee – eine Wunsch-Identität schaffende Zuschreibung, oder – für die nationalistischen Gegner – zumindest ein Konzept, dessen diskursive Bearbeitung die nationalistischen Werte zu stabilisieren hilft. Man referiert m.a.W. auf Europa weltsichtgebunden, also ideologisch.<sup>46</sup> *Europa* (Ausdrucksalternativen

47 Vgl. dazu Klein (1989), der Ideologiekabalar als einen von vier Bereichen politischen Wortschatzes ausweist und definiert als ein Register derjenigen Wörter, „in denen politische

und Mitglieder der Wortfamilie immer mit gemeint) ist mithin der Name für ein hoch ideologisiertes Leitkonzept und repräsentiert in den Extremen eine kosmopolitisch-internationale liberale Integrations-Idee auf der einen Seite, eine völkisch-nationale ausgrenzende Suprematie-Idee andererseits.

Im Folgenden möchte ich diese ideologische Funktionalisierung des politischen und intellektuellen Europa-Konzepts von 1918/19 skizzieren. Diese Funktionalisierung ist natürlich nur im Kontext der historischen politischen Bedingungen zu denken: Als Initiator und Aggressor des Weltkriegs stehen die Deutschen isoliert vor der Welt, sie sind in den Status der Rechtlosigkeit und Abhängigkeit versetzt. In diesem Kontext wird *Europa* als lexikalische Repräsentation sowohl eines Integrations- als auch eines Abgrenzungskonzepts verwendet, das aus der Perspektive der deutschen Diskursteilnehmer vielerlei ideologisch determinierte Funktionsoptionen hat. Drei dieser Optionen möchte ich vorstellen. Sie lassen sich transponieren in die Formeln: ‚Europa ist Gleichberechtigung‘, ‚Europa ist Internationalität‘, ‚Europa ist deutsche Führung‘.

#### 4.1 Europa ist Gleichberechtigung

Wer vor Kriegstrümmern steht, sucht, auch als nationales Kollektiv, nach dem Halt eines größeren Kollektivs. Und wenn *Europa* (oder Ausdrucksalternativen wie *Bund der Völker*, *alle Völker*, *Nationen*) in dieser Funktion als Bezeichnung eines Integrationskonzepts verwendet wird, dann steht es im Kontext des kollektiven Argumentationsziels der *Gleichberechtigung*. Dieses Ziel formuliert man in allen Parteien: „das ganze deutsche Volk erstrebt nichts anderes, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten“, ruft der Sozialdemokrat Ebert der Nationalversammlung zu (Ebert 1919, S. 15). „Eine Mächteallianz [...], die dem deutschen Volke die Gleichberechtigung vorenthält, lehnen wir ab, denn sie fördert nur den Völkerhaß und die Völkerverhetzung“ (DDP 1919, S. 136), lesen wir im Programm der Deutschen Demokratischen Partei. Der „volle[n] Gleichberechtigung des deutschen Volkes mit allen Völkern der Welt und [der] Wiederherstellung der internationalen Rechtsgeltung im Staats- und Privatleben“ (Zentrum 1922, S. 140) verschreibt sich die Deutsche Zentrumspartei in ihren Richtlinien. Und „Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen“ (NSDAP 1920, S. 156), lässt Hitler im Programm der NSDAP verlauten.

Wir sehen: Ein die ideologisch disparaten Argumentationsziele des frühen Weimarer Diskurses einigendes Konzept verdichtet sich in dem Leitwort *gleichberechtigt/Gleichberechtigung*. An dieser Stelle müsste sich nun eine Analyse ideologischer Polysemie<sup>47</sup> anschließen, die nicht nur die ideologisch, also parteilich

---

Gruppierungen ihre Deutungen und Bewertungen der politisch-sozialen Welt, ihre Prinzipien und Prioritäten formulieren“ (7).

48 Im Sinne Kleins (1989) verstehen wir „ideologische Polysemie“ als „Unterschiedlichkeit der Bedeutung, mit der gleichlautende Lexeme benutzt werden“ (9) – wir ergänzen: Ausdrucksalternativen.

motivierte Ausdeutung von *gleichberechtigt/Gleichberechtigung* erschließt, sondern auch seine Funktionalität auf der Sprecherebene nachweist: Während Ebert anlässlich der Eröffnung der Nationalversammlung als Oberhaupt einer geächteten, mit dem Kriegsschuldvorwurf belegten Nation ein politisches Staatsziel bezeichnet, dessen Erreichung gleichbedeutend ist mit Rehabilitation und Reintegration in das europäische Konzert, während die DDP *Gleichberechtigung* als Beitrag zu Frieden und Völkerverständigung reklamiert und während die Zentrumsparlei *Gleichberechtigung* mit Rechtsansprüchen kontextualisiert, deutet der Demagoge der nationalistisch-völkischen Partei das Konzept propagandistisch als Voraussetzung zur Verfolgung eben dieser nationalistisch-völkischen Ziele.

## 4.2 Europa ist Internationalität

Der linke Internationalismus ist insofern als Integrationskonzept des Weimarer Europa-Diskurses verstehbar, als der Referenzbereich von *international* (mit Ausdrucksalternativen wie *alle Länder, jedes Land, alle Völker*) im früheren 20. Jahrhundert im Wesentlichen Europa war. Im Fall des sozialistisch-kommunistischen Diskurses war es (neben der revolutionären sowjetischen) die englische, französische, italienische Arbeiterbewegung, auf die man sich vor allem bezog – die amerikanische eingeschlossen. M.a.W.: Der linke Internationalismus bezieht sich auf den kapitalistischen Teil der Welt – und der war im Wesentlichen europäisch (und amerikanisch). An der Europa-Bezogenheit des linken Internationalismus ändert darüber hinaus auch nichts die Idee des Weltproletariats und der Weltrevolution.<sup>48</sup> Auch wenn sich die linke Arbeiterbewegung übereuropäisch-global gab – gedacht wurde zunächst in europäischen Dimensionen. Das politische internationale bzw. Weltkonzept der Linken ist insofern im Wesentlichen ein Europa-Konzept. In diesem Sinn führt die USPD den Syllogismus ein:

„Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern gleich. Mit der Ausdehnung der kapitalistischen Weltwirtschaft wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse erfordert also den Zusammenschluß und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter der ganzen Welt.“ (Aktionsprogramm 1919, S. 108)

Während *Gleichberechtigung* – wie gesehen – ein neues, aus dem politischen Kontext entstandenes Leitwort des Europa-Diskurses darstellt, ist das *alle-Länder-Konzept* der Linken funktional gleichsam als Aktualisierung und Adaption eines historischen Programmworts zu interpretieren.

49 „Der Spartakusbund ist nur der zielbewußteste Teil des Proletariats, der [...] in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt. [...] Es gilt, eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!“ (Spartakusbund 1918, S. 101)



Diesen staats- bzw. parteipolitisch motivierten Internationalismen steht gegenüber ein Suprematiekonzept, das zwar nicht weniger integrierende Funktion haben soll, dies jedoch unter der Voraussetzung einer deutschen Vormachtstellung.

### 4.3 Europa ist deutsche Führung

Die Skizze unserer Konzeptgeschichte wäre unvollständig ohne die Einbeziehung der nationalistisch-völkischen Perspektive. Aus dieser Perspektive wird *Europa* als hierarchische Gemeinschaft konzipiert. In dieser Konzeption ist Deutschland nicht *primus inter pares*, sondern *primus* dieser Gemeinschaft. Die nationalistisch-völkische Perspektive, die Intellektuelle ebenso wie Politiker einnehmen, legitimiert ihren Anspruch mit dem Argument der nationalen Stärke und Vormacht. Nationalistisches Denken ist natürlich antieuropäisches und hierarchisches, Suprematie beanspruchendes Denken. Das diesem Anspruch entsprechende Diskurs- bzw. Argumentationsziel drückt sich aus in nationalistische Werte bezeichnenden Ideologemen wie *Führung in Europa* oder *Weltgeltung*, sowie in Konstruktionen, die *deutsch* und *europäisch* weniger in ein Gleichheitsverhältnis setzen, als ihnen vielmehr Ränge zuweist.

Beteiligter dieses nationalistisch-antieuropäischen Diskurses ist der Thomas Mann der „Betrachtungen eines Unpolitischen“. Obwohl bereits während des Krieges geschrieben (begonnen 1915, im Dezember 1917 abgeschlossen), und obwohl sich der Autor bald nach Erscheinen von dieser Position abgekehrt hat,<sup>49</sup> bestätigt Mann, indem er diesen Text im Jahr 1918 erscheinen lässt, ihn zumindest zu diesem Zeitpunkt inhaltlich. Insofern ist er ein Text des nationalistisch-antieuropäischen Diskurses der Jahre 1918/19 – geschrieben von einem Autor, der sich selbst als einen „guten Europäer“ sieht, „den eben sein gutes Europäertum vermag, den Niederbruch seines Vaterlandes, die Gefügigmachung seines Volkes durch die Mächte der westlichen Zivilisation zu wünschen und zu glauben“ (Mann 1918, S. 64f.).<sup>50</sup> Es sind nicht zuletzt solche Widersprüche, die diesen Text eigentlich inkommensurabel machen. Und dem Urteil des Politologen ist zuzustimmen, der dieses Buch „für uns Heutige [als] kaum mehr lesbar“ bewertet:

„Es hat einen Zug der Härte und Unbelehrbarkeit, der dem Humanum immer wieder ins Gesicht schlägt, so wenig das beabsichtigt ist. Die Resentiments sind zu heftig, der Nationalismus ist trotz der Bemühung um den europäischen Geist zu eng“ (Sontheimer 1975, S. 179).

50 In seinem Vortrag „Meine Zeit“ (1950) etwa lässt er seine Zuhörer wissen: „Kaum war es [das Buch] fertig, 1918, so löste ich mich von ihm“ (Thomas Mann: *Essays* Band 6, S. 171) – der Nationalismus der Deutsch-Konservativen und der mit ihm verbundene bald heraufziehende Faschismus seien die Gründe gewesen.

51 Vgl. Beate Neuss (2003): *Demokrat – Europäer – Weltbürger*. In: Michael Braun/Birgit Lermen (Hgg.): *Man erzählt Geschichten, formt die Wahrheit. Thomas Mann. Deutscher – Europäer – Weltbürger*. Frankfurt, S. 81-102.

Wenn der Syllogismus, dass antieuropäisches Denken antidemokratisches Denken ist, eines Belegs bedarf, dann stellen die „Betrachtungen“ diese Referenz bereit:

„Der Unterschied von Geist und Politik enthält den von Kultur und Zivilisation, von Seele und Gesellschaft, von Freiheit und Stimmrecht, von Kunst und Literatur; und Deutschtum, das ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und nicht Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur. Der Unterschied von Geist und Politik ist [...] der von kosmopolitisch und international. Jener Begriff entstammt der kulturellen Sphäre und ist deutsch; dieser entstammt der Sphäre der Zivilisation und Demokratie und ist – etwas ganz anderes. International ist der demokratische Bourgeois, möge er überall auch noch so national sich drapieren; der Bürger [...] ist kosmopolitisch, denn er ist deutsch, deutscher als Fürsten und ‚Volk‘: dieser Mensch der geographischen, sozialen und seelischen ‚Mitte‘ war immer und bleibt der Träger deutscher Geistigkeit, Menschlichkeit und Anti-Politik [...]“ (Mann 1918, S. 31).

Und wie auf der parteipolitischen Rechten finden wir auch bei diesem Vertreter der intellektuellen konservativen Revolution das Argument des zu bewahrenden und durch Europäisierung gefährdeten Deutschtums (*deutsches Wesen* und *deutscher Geist*):

„soviel ist sicher, daß bei einem Zusammenschluß der nationalen Demokratien zu einer europäischen, einer Weltdemokratie von deutschem Wesen nichts übrigbleiben würde: Die Weltdemokratie, das Imperium der Zivilisation, die ‚Gesellschaft der Menschheit‘ könnte einen mehr romantischen oder mehr angelsächsischen Charakter tragen, - der deutsche Geist würde aufgehen und verschwinden darin, er wäre ausgetilgt, es gäbe ihn nicht mehr.“ (Mann 1918, S. 39)

Ideologisches Denken ist Denken in binären Strukturen – wenn es eines Beweises bedurft hätte, lieferte dieser sog. „Essay“ Thomas Manns ihn: *Geist, Kultur, Seele, Freiheit, Kunst, Deutschtum, kosmopolitisch, Bürger* sind die Bezeichnungen der guten Disposition, *Politik, Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur, international, Demokratie, Bourgeois* die der schlechten.<sup>51</sup>

Diese Ideen sind nicht anders als antieuropäisch zu nennen – denjenigen indes, an die sie doch wohl u.a. gerichtet waren, nämlich den Vertretern der Kon-

52 Es ist diese Zivilisation mit ihren Erscheinungsformen, die Thomas Mann für den Fall des Sieges der Entente antizipiert – in stereotypen Zuschreibungen, die denen des Asphaltliteratentums auffallend gleichen: „ein Europa, – nun, ein wenig drollig, ein wenig platt-human, trivial-verderbt, feminin-elegant, ein Europa, schon etwas allzu ‚menschlich‘, etwas preßbanditenhaft und großmäulig-demokratisch, ein Europa der Tango- und Two-Step-Gesittung, ein Geschäfts- und Lusteuropa à la Edward the Seventh, ein Monte-Carlo-Europa, literarisch wie eine Pariser Kokotte [...] ohne Zweifel wäre es ungemein artistisch gewesen, dies Entente-Europa für human freedom and peace“ (Mann 1918, S. 65).

servativen Revolution wie Moeller van den Bruck oder Ernst Jünger, waren sie noch zu europäisch.<sup>52</sup>

Angesichts einer Argumentationslinie, die das geistige Deutschland als Leitbildgeber des geistigen Europas versteht, zeigt sich, dass die oben zitierte „Bemühung um den europäischen Geist“ tatsächlich ein Bemühen um deutsche Suprematie ist:

„Die inneren geistigen Gegensätze Deutschlands sind kaum nationale, es sind fast rein europäische Gegensätze, die beinahe ohne gemeinsame nationale Färbung, ohne nationale Synthese einander gegenüberstehen. In Deutschlands Seele werden die geistigen Gegensätze Europas ausgetragen [...] Nicht physisch mehr – dies weiß es neuerdings zu verhindern –, aber geistig ist Deutschland immer noch das Schlachtfeld Europas. [...] Seelischer Kampfplatz für europäische Gegensätze zu sein: das ist deutsch.“ (Mann 1918, S. 53)

Es ist dieselbe *europäisch=deutsch*-Deutung, die Thomas Mann auch dazu veranlasst, sein Europäertum mit seiner Affinität zu Schopenhauer, Nietzsche und Wagner nachzuweisen, indem er diese zu *europäischen Ereignissen* erklärt:

„Es ist kein Verdienst, wenn es kein Tadel ist, daß intim und exklusiv Deutsches mir niemals genügen wollte, daß ich nicht viel damit anzufangen wußte. Mein Blut bedurfte europäischer Reize. Künstlerisch, literarisch beginnt meine Liebe zum Deutschen genau dort, wo es europäisch möglich und gültig, europäischer Wirkungen fähig, jedem Europäer zugänglich wird. Die drei Namen, die ich zu nennen habe [...] sie bezeichnen nicht intim deutsche, sondern europäische Ereignisse: Schopenhauer, Nietzsche und Wagner.“ (Mann 1918, S. 70f.)

Es ist eine chauvinistische Großmachtidee, die *deutsch* und *europäisch* synonymisiert, wenn Thomas Mann die genannten Drei als „nicht intim-deutsche, sondern europäische Ereignisse“ klassifiziert, sie gleichzeitig aber im Verlauf der Darstellung in den Rang der deutschesten Deutschen erhebt. Den Fokus richtet Thomas Mann nationalistisch auf *das Deutsche*, das europäisch wirkt – eine eurozentrisch-antinationalistische Argumentation verlief gerade umgekehrt und würde *das Europäische* herausstellen, das *im Deutschen* wirkt. Ideologiekalt ist hier die Gleichsetzung von *europäisch* mit *deutsch*. Den Fokus richtet Thomas Mann nationalistisch auf *das Deutsche*, das europäisch wirkt. Diese nationalistische Argumentation stellt insofern eine wertende Bedeutungsgleichheit zwischen *deutsch* und *europäisch* her. *Deutsch* ist zwar partitives Bedeutungselement von *europäisch*, erhält aber mit dem Anspruch der Vormachtstellung eine übergeordnete Position.

53 In „Meine Zeit“ begründet der Autor selbst „die stumpfe Ablehnung des Buches vonseiten der Deutsch-Konservativen, denen es viel zu europäisch und zu liberal war“ (Mann 1950, S. 171).

## 5 Schlussbemerkung

Wir haben in diesem Werkstattbericht einige Aspekte auf Europa bezogene Diskurse in der frühen Weimarer Zeit gezeigt: des Frauendiskurses als Beispiel für geistesgeschichtliche Europagebundenheit, des Diskurses zur Streikbewegung als Dokument für Europa-Bezüge unter der Voraussetzung von Internationalismus im Sinn parteipolitischer Programmatik, des „Europa“ thematisierenden Nachkriegsdiskurses als Instrumentalisierung ideologisch angepasster *Europa*-Konzepte. Wir haben diese Aspekte mit je entsprechend angepassten methodischen Zugängen erschlossen. In der Natur von Werkstattberichten liegt, dass sie eher Fragen stellen als Antworten geben, dass sie eher Tendenzen aufzeigen als endgültige Ergebnisse manifestieren. Was im Zuge des weiteren Verlaufs folgen muss, ist die Bewertung der aufgerissenen Diskurse im Sinn der Leitfrage des Projekts – jedenfalls ist deutlich geworden, dass eine Darstellung des Weimar-Diskurses im Sinn einer sprachlichen Demokratiegeschichte ohne europäische bzw. internationale Bezüge defizitär wäre. Ebenfalls stellt sich als Aufgabe dar ein Vergleich mit dem Europa-Diskurs nach 1945, dessen Europa-Konzeption sich in der Formel *christliches Abendland* ungleich werthaltiger und programmatisch aussagekräftiger verdichtet als in dem wertneutralen Quasi-Terminus *Europa*. Schließlich bietet sich an, unter dem Aspekt der diskursiven Schaffung von Räumen, den ab etwa 1923 entstehenden Amerika-Diskurs (dessen Evidenz sich nicht zuletzt morphologisch manifestiert mit Wortbildungen wie *Amerikanismus*, *Amerikanisierung*) zu parallelisieren und im Kontext mit den umbruchgeschichtlich zentralen Leitfragen des Demokratiediskurses darzustellen.

## 6 Literaturverzeichnis

### Quellen

- Aktionsprogramm (1919): Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Leipzig, 5. Dezember 1919; zit. nach Wolfgang Treue 1968, S. 108-111.
- Bäumer, Gertrud (1918/19): Die Frauen in der deutschen Demokratie. In: Die Frau, Jg. 26, 1918/19, S. 101f. zit. nach Barbara Greven-Aschoff 1981, S. 157.
- Bernstein, Eduard (1893/94): Der Strike als politisches Kampfmittel. In: Die Neue Zeit XII 1, S. 689.
- Bernstein, Eduard (1906/1920): Der Streik. Frankfurt a.M.
- Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von (1919): Ansprache bei Entgegennahme des Friedensvertragsentwurfs am 7. Mai 1919; zit. nach Johannes Hohlfeld III, S. 25-28.
- DDP (1919): Programm der Deutschen Demokratischen Partei 1919; zit. nach Wolfgang Treue 1968, S. 135-140.
- Deutsch, Regine (1923): Zwei Jahre parlamentarische Frauenarbeit. Aus dem Reichstag der deutschen Republik. Stuttgart/Gotha: Verlag Friedrich Andreas Perthes.
- Ebert, Friedrich (1919): Rede bei der Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919; zit. nach Johannes Hohlfeld III, S. 14-17.
- Hohlfeld, Johannes (o.J.): Die Weimarer Republik 1919 – 1933. Berlin/München: Dokumenten Verlag u.a. (= Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, 3).
- Institut für Marxismus-Leninismus (Hg.) (1959): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 1. Berlin: Dietz Verlag. [=DuM]
- Juchacz, Marie (1919): Rede in der Weimarer Nationalversammlung am 19.02.1919. [http://www.awo-le.de/awo/geschichte/marie\\_juchacz\\_rede.htm](http://www.awo-le.de/awo/geschichte/marie_juchacz_rede.htm), <30.03.2010>.

- Jähne, Margarte (1920): Umschau aus der Frauenwelt. In: Illustrierte Frauen-Umschau. Zeitschrift für die gebildete Frau aller Stände. Berlin: Verlag Ludwig Banzhaff, Heft 1, S. 15.
- Kessler, Harry Graf (1919): Tagebücher 1918-1937. 2. Aufl. Frankfurt a. M.: Insel 2003.
- Klabund (1922): Kunterbuntergang des Abendlandes.  
[www.zeno-org/Literatur/M/Klabund/erz%C3%A4hlungen/Kunterbuntergang+des+Abendlandes](http://www.zeno-org/Literatur/M/Klabund/erz%C3%A4hlungen/Kunterbuntergang+des+Abendlandes).
- Lange, Helene (1908): Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen. Leipzig: Quelle & Meyer.
- Luxemburg, Rosa (1906): Gesammelte Werke., überarbeitete Auflage der 1. Auflage, Bd. 2. Berlin 1986, S. 93-170. <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1906/mapage/index.htm>, <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1906/mapage/kap1.htm> < 27.01.2011>.
- Mann, Thomas (1918): Betrachtungen eines Unpolitischen. Gesammelte Werke in Einzelbänden. Frankfurter Ausgabe. Hg. von Peter de Mendelssohn. Frankfurt a. M.: S. Fischer 1983.
- Mann, Thomas (1950): Meine Zeit. In: Hermann Kurzke/Stephan Stachorski (Hgg.) (1977): Thomas Mann. Essays. Band 6: Meine Zeit 1945-1955. Frankfurt a. M.: S. Fischer, S. 160-182.
- Mayreder, Rosa (1925): Der typische Verlauf sozialer Bewegungen. 2. Aufl. Wien/Leipzig: Wilhelm Braumüller Verlag.
- Monatsblatt des deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation. Berlin, Heft Nr. 7-9 (Juli/August/September) (1919).
- NSDAP (1920): Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München, 24. Februar 1920; zit. nach Wolfgang Treue 1968, S. 156-159.
- Präsidium und Geschäftsleitung der Deutschen Liga für Frauenschutz und Frauenrettung (1918): An unsere Mitglieder! In: Frauenehre, 6. Jahrgang, Heft 2 u. 3, S. 1.
- Spartakusbund (1918): Kundgebung des Spartakusbundes vom 14. Dezember 1918; zit. nach Wolfgang Treue 1968, S. 101.
- Statistisches Reichsamt (1899-1919): Statistik des Deutschen Reiches Bd. 134-290. Berlin.
- Strinz, Martha (1901): Die Geschichte der Frauenbewegung in Amerika. In: Helene Lange/Gertrud Bäumer (Hgg.): Handbuch der Frauenbewegung. Bd. 1: Berlin: W. Moeser Verlag.
- Stropp, Emma (1919): Gemeinschaftsgefühl. In: Neue Frauen-Umschau für die gebildete Frau aller Stände. Heft 1. Berlin: Verlag Ludwig Banzhaff, S. 1f.
- Strosser, Helmine (1915): Die Frauenemanzipation im Lichte des Krieges. In: Monatsblatt des Deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation (e.V.), Heft 1, Berlin, den 15. Januar 1915, S. 2.
- Treue, Wolfgang (1968): Deutsche Parteiprogramme seit 1861. Quellensammlung zur Kulturgeschichte. 4. Aufl. Göttingen: Musterschmidt.
- Zentrum (1922): Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei, Berlin, 16. Januar 1922; zit. nach Wolfgang Treue 1968, S. 140-149.
- Zetkin, Clara (1960): Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 2: Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923, Berlin (Ost): Dietz Verlag.

## Linguistische und historiografische Sekundärliteratur

- Blickle Peter (2008): Das Alte Europa: vom Hochmittelalter bis zur Moderne. München: C.H.Beck.
- Boll, Friedrich (1990): Arbeitskampf und Region. Arbeitskämpfe, Tarifverträge und Streikwellen im regionalen Vergleich 1871-1914. In: Gerhard A. Ritter (Hg.): Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs. München: Oldenbourg Verlag, S. 379-414.
- Boll, Friedrich (1992): Arbeitskämpfe und Gewerkschaften in Deutschland, England und Frankreich. Ihre Entwicklung vom 19. zum 20. Jahrhundert. Bonn: Dietz Verlag.
- Campe, Joachim Heinrich (1810): Wörterbuch der deutschen Sprache. Braunschweig: Schulbuchhandlung.
- Duden (1880): Duden. Vollständiges Orthographisches Wörterbuch der Deutschen Sprache. Leipzig: Verlag des Bibliographischen Instituts.
- Duden (1890): Vollständiges Orthographisches Wörterbuch der Deutschen Sprache. 3. umgearbeitete und vermehrte Aufl. Leipzig: Verlag des Bibliographischen Instituts.
- Duden (1902): Orthographisches Wörterbuch der Deutschen Sprache. 7. Aufl. Leipzig u.a.: Bibliographisches Institut.
- Duden (1912): Orthographisches Wörterbuch der Deutschen Sprache. 8. neubearbeitete Aufl. Leipzig u.a.: Bibliographisches Institut.
- Duden (1918): Orthographisches Wörterbuch der Deutschen Sprache. 9. neubearbeitete Aufl. Leipzig u.a.: Bibliographisches Institut.

- Duden (1929): Der Große Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter. 10. neubearb. u. erw. Aufl. Leipzig: Bibliographisches Institut.
- Duden (1941): Der Große Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter. 12. neubearbeitete Aufl. Leipzig: Bibliographisches Institut.
- Duden (1954): Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter. Mannheim u.a.: Dudenverlag.
- Duden (1991): Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache. 20. völlig neubearb. u. erw. Aufl. Mannheim u.a.: Dudenverlag.
- Duden (2009): Duden. Die deutsche Rechtschreibung. 25. völlig neubearb. u. erw. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus.
- Felbick, Dieter (2003): Schlagwörter der Nachkriegszeit 1945 – 1949. Berlin/New York: de Gruyter.
- Foucault, Michel (2003): Die Ordnung des Diskurses. 9. erweiterte Aufl. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Gerhard, Ute (2008): Seneca Falls Convention (1848). Die amerikanische Frauenrechte-Erklärung. In: Ute Gerhard u.a. (Hgg.): Klassikerinnen feministischer Theorie Band 1 (1789-1919), Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, S. 78-83.
- Greven-Aschoff, Barbara (1981): Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1884-1933. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Heymann, Lida Gustava/Augspurg, Anita (1972): Erlebtes – Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940. Hg. von Margit Twellmann. Meisenheim a. Glan: Verlag Anton Hain.
- Heyse, Karl Wilhelm Ludwig (1849): Handwörterbuch der deutschen Sprache. Bd. 3, Magdeburg: W. Heinrichshofen.
- Jung, Matthias/Wengeler, Martin (1995): Nation Europa und Europa der Nationen. Sprachliche Kontroversen in der Europapolitik. In: Georg Stötzel/Martin Wengeler (Hgg.): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/New York: de Gruyter, S. 93-128.
- Kämper, Heidrun (2005): Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945. Berlin/New York: de Gruyter.
- Kämper, Heidrun (2007a): Opfer – Täter – Nichttäter. Ein Wörterbuch zum Schulddiskurs 1945-1955. Berlin/New York: de Gruyter.
- Kämper, Heidrun (2007b): Linguistik als Kulturwissenschaft. Am Beispiel einer Geschichte des sprachlichen Umbruchs im 20. Jahrhundert. In: Heidrun Kämper/Ludwig M. Eichinger (Hgg.): Sprach-Perspektiven. Die Germanistische Linguistik und das Institut für Deutsche Sprache. Tübingen: Narr, S. 419-439.
- Kämper, Heidrun (2008): Sprachgeschichte – Zeitgeschichte – Umbruchgeschichte. Sprache im 20. Jahrhundert und ihre Erforschung. In: Heidrun Kämper/Ludwig M. Eichinger (Hgg.): Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung. Berlin/New York: de Gruyter, S. 198-224.
- Kämper, Heidrun (2009): Demokratiegeschichte des 20. Jahrhunderts als Zäsurgeschichte – das Beispiel der frühen Weimarer Republik. Ein transdisziplinäres Forschungsprojekt. In: Deutsche Sprache, 37, S. 352-369.
- Kämper, Heidrun (2011): Aspekte des Demokratiediskurses der späten 1960er Jahre. Konstellationen – Kontexte – Konzepte. Berlin/New York: de Gruyter (im Druck).
- Kienpointner, Manfred (1992): Alltagslogik. Struktur und Funktion von Argumentationsmustern. Stuttgart/Bad Canstatt: frommann-holzboog Verlag (= problemata; 162).
- Klein, Josef (1989): Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Josef Klein (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 3-50.
- Kluge, Friedrich (2002): Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. 24. durchges. und erw. Aufl. Berlin/New York: de Gruyter.
- Kopperschmidt, Josef (1989): Methodik der Argumentationsanalyse. Stuttgart/Bad Canstatt: frommann-holzboog Verlag (= problemata; 119).
- Neuss, Beate (2003): Demokrat – Europäer – Weltbürger. In: Michael Braun/Birgit Lermen (Hgg.): Man erzählt Geschichten, formt die Wahrheit. Thomas Mann. Deutscher – Europäer – Weltbürger. Frankfurt a. M.: Lang, S. 81-102.
- Paul, Hermann (1897): Deutsches Wörterbuch. Halle a. S.: Niemeyer.
- Samel, Ingrid (2000): Einführung in die feministische Sprachwissenschaft. 2. überarb. u. erw. Aufl. Berlin: Erich Schmitt Verlag.

- Schmidt, Ulrich (1982): *Der Streik im Rahmen des Strafrechts*. Bochum: Diss.
- Schönhoven, Klaus (1987): *Die Gewerkschaften als Massenbewegung im Wilhelminischen Kaiserreich 1890 bis 1918*. In: Klaus Tenfelde u.a. (Hgg.): *Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Von den Anfängen bis 1945*. Köln: Bund-Verlag, S. 167-278.
- Sontheimer, Kurt (1975): *Thomas Mann als politischer Schriftsteller*. In: Helmut Koopmann (Hg.): *Thomas Mann*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 165-226.
- Toulmin, Stephen (1975): *Der Gebrauch von Argumenten*. Kronberg: Scriptor (= Wissenschaftstheorie und Grundlagenforschung; 1).
- Warnke, Ingo/Spitzmüller, Jürgen (2008): *Methoden und Methodologie der Diskurslinguistik – Grundlagen und Verfahren einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen*. In: Ingo Warnke/Jürgen Spitzmüller (Hgg.): *Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene*. Berlin/New York: de Gruyter, S. 3-54.
- Weigand, Friedrich Ludwig Karl (1909-1910): *Deutsches Wörterbuch*. 5. Aufl. Bd. 2. Gießen: Verlag Töpelmann.
- Wengeler, Martin (1997): *Vom Nutzen der Argumentationsanalyse für eine linguistische Diskursgeschichte. Konzept eines Forschungsvorhabens*. In: *Sprache und Literatur*, 80, S. 96-109.
- Wengeler, Martin (2003): *Topos und Diskurs: Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960 - 1985)*. Tübingen: Niemeyer (= Reihe germanistische Linguistik; 244).
- Wengeler, Martin (2008): *„Ausländer dürfen nicht Sündenböcke sein“ – Diskurslinguistische Methodik am Beispiel zweier Zeitungstexte*. In: Ingo H. Warnke/Jürgen Spitzmüller (Hgg.): *Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene*. Berlin/New York: de Gruyter (=Linguistik – Impulse & Tendenzen; 31).